



28.02.2012 – 14:56 Uhr

## **ikr: Stellungnahme der Regierung zur Initiative betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches (Schwangerschaftsabbruch) verabschiedet**

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat eine Stellungnahme an den Landtag zur Initiative betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches (Schwangerschaftsabbruch) verabschiedet.

Oberstes Ziel der Initianten war es, Schwangerschaftsabbrüche möglichst zu vermeiden. Dabei wurden in strafrechtlicher Hinsicht Vorschläge unterbreitet, welche die Regierung geprüft hat. Diese betreffen die Abschaffung des Weltrechtsprinzips, die Entkriminalisierung der Schwangeren, die Unterstrafstellung der Nötigung zum Schwangerschaftsabbruch und die rechtliche Absicherung für Berater im Bereich der Schwangerschaft.

Betreffend Hilfs- und Unterstützungsmassnahmen wird in der Stellungnahme das breite und diversifizierte Angebot aufgezeigt, das in Liechtenstein besteht, d.h. hinsichtlich Beratungs- und Kontaktstellen, Leistungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie im Bereich der Bildung im Sinne der Aufklärung und Prävention. In Liechtenstein besteht damit ein breites Spektrum an verschiedenen Hilfs- und Unterstützungsmassnahmen, sodass den verschiedenen Bedürfnissen, Fragestellungen und persönlichen Konfliktsituationen entsprochen werden kann. Liechtenstein bietet damit grundsätzlich eine gute soziale und finanzielle Absicherung für Familien und Alleinerziehende.

Kontakt:

Ressort Justiz  
Erik Purgstaller  
T +423 236 60 92

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100713780> abgerufen werden.